



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Karl Freller, Max Gibis, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Peter Tomaschko** und **Fraktion (CSU)**

### **Schutz vor gewaltbereiten Islamisten in Deutschland**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zur Problematik der Aus- und Wiedereinreise gewaltbereiter Islamisten zu berichten.

Hierbei soll insbesondere dargestellt werden, welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Ausreise gewaltbereiter Islamisten mit deutscher Staatsangehörigkeit in Richtung Syrien und Irak zu verhindern und die Bevölkerung vor radikalisierten Rückkehrern aus den Kampfgebieten zu schützen.

Im Bericht soll auch dargelegt werden, welche Maßnahmen gegen Islamisten mit ausländischer Staatsangehörigkeit ergriffen werden und welche präventiven Ansätze die Staatsregierung darüber hinaus verfolgt, um die Radikalisierung vor allem junger Menschen zu verhindern.

### **Begründung:**

Von islamistischen Einzelkämpfern und Rückkehrern aus den Kampfgebieten geht mittlerweile eine erhebliche Gefahr für die Innere Sicherheit in Deutschland aus. Nicht nur die verstärkten Ausreisebewegungen sind sichtbar – allein aus Deutschland gibt es Erkenntnisse zu mittlerweile mehr als 450 ausgereisten Salafisten, davon etwa 40 aus Bayern. Auch die regen Aktivitäten der Salafisten in Bayern werden aufmerksam beobachtet. Bei zu ergreifenden Maßnahmen muss danach unterschieden werden, ob die islamistischen Gefährder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder ob es sich um Ausländer handelt. Eine bedeutende Rolle bei der Rekrutierung gerade junger Menschen spielen virtuelle Netzwerke und die im Internet verbreitete islamistische Propaganda. Die Beobachtung von islamistischen Extremisten durch den Verfassungsschutz hat sich in der Vergangenheit bewährt. Um auch weiterhin erfolgreich zu sein, müssen Programme gegen Salafisten und radikalisierte Islamisten möglichst breit angelegt sein und insbesondere auch präventive Ansätze enthalten.